

Endlich wieder Rathaus!

Halbzeit in der BA-Legislaturperiode

PASING - OBERMENZING (us) · Für jeweils sechs Jahre werden die Bezirksausschussmitglieder gewählt. Dies ist am 1. Mai nun genau drei Jahre her gewesen. »Mit unserer Wahl 2020 kam Corona«, so der Vorsitzende des Bezirksausschusses 21 (BA), Frieder Vogelsgesang (CSU), »und wir mussten mit vielen Einschränkungen in unserer Arbeit zurechtkommen.« Online-Sitzungen, Zusammenkünfte mit großen Abständen und notwendigen Tests, Personenerfassungen – vieles ist schon wieder aus dem Gedächtnis verschwunden. »Es war nicht einfach, die politische Arbeit unter diesen Umständen fortzusetzen, zumal wir als Gremium sehr viele

neue und in der Lokalpolitik noch wenig erfahrene Mitglieder hinzugewonnen hatten.«

»Wir waren sehr froh«

Der BA tagte in der letzten Zeit in der weitläufigen Mensa des Schulcampus an der Grandlstraße. »Wir waren sehr froh um diese Möglichkeit und hatten dort viel Platz nicht nur für uns, sondern auch für die Zuschauer. Aber der BA 21 gehört einfach ins Pasinger Rathaus.« Nun, genau zum Halbzeitjubiläum, durfte der BA umziehen und tagte im Mai wieder im historischen Großen Sitzungssaal des Rathauses. Vogelsgesang empfing die Gremiumsmitglieder mit einem Gläschen Sekt und Orangensaft. »Ich freue mich einfach, dass wir wieder hier sein können. Wir sitzen näher beieinander, da fällt der Austausch leichter.« Viele seiner Gremiums-Kollegen waren bisher noch nicht im Sitzungssaal gewesen. »Wir waren zunächst etwas skeptisch, wie man so eng beieinander tagen kann«, so auch Gerald Zehetbauer (Grüne). »Die Atmosphäre ist aber eine sehr angenehme und um einiges konzentrierter als vorher.« Die positive Stimmung solle sich nun auch auf die Arbeit auswirken, wünschte sich Vogelsgesang. »Und ich habe die Hoffnung, dass der eine oder andere auftaucht und wir auch als Team zusammenwachsen.«



Frieder Vogelsgesang ist seit Mai 2020 Vorsitzender des Bezirksausschusses 21 und freute sich, dass das Gremium nun endlich wieder im Rathaus tagen kann. Foto: us

»Von Füchsen und Fabeln«

OBERMENZING (bb) · Die Internationale Jugendbibliothek in Schloss Blutenburg lädt ab Montag, 15. Mai, zu ihrer neuen Jahresausstellung »Von Füchsen und Fabeln« ein. Das Kuratorinnen-Team hat aus den Schätzen der Internationalen Jugendbibliothek Buchausgaben aus der ganzen Welt mit bekannten und weniger bekannten Geschichten zusammengestellt, die dank ihrer verschiedenen Illustrationsstile und textlichen Akzentuierungen ein breites Panorama

ma aufspannen. Neben traditionellen Tiergeschichten und Fabeln gibt es moderne Versionen, Comic-Bearbeitungen und Collagen. Und auch der Fuchs, der im Fabelkosmos besonders interessant ist, zeigt sich in einigen Geschichten von einer ganz neuen Seite. Öffnungszeiten sind Montag bis Donnerstag von 10 bis 16 Uhr, Freitag von 10 bis 14 Uhr sowie Samstag und Sonntag von 14 bis 17 Uhr. Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre sind frei, Erwachsene zahlen 3 Euro.

Nicht nur die EU macht's

Verbrennerverbot wird in vielen Ländern diskutiert

(correctiv) · Eine Weltkarte suggeriert, dass fast nur EU-Mitgliedstaaten die Neuzulassung von Autos mit Verbrennungsmotoren ab 2035 verbieten wollen. Länder wie Kanada oder Chile, in denen über ähnliche Verbote diskutiert wird, fehlen auf der Karte.

In der Europäischen Union sollen ab 2035 keine Neuwagen mit Verbrennungsmotoren mehr zugelassen werden, die mit Benzin oder Diesel fahren. Im Kontext dieser Entwicklung kursiert in Sozialen Netzwerken eine Weltkarte, auf der fast nur EU-Länder blau markiert sind. Neben den EU-Staaten ist nur der US-Bundesstaat Kalifornien blau eingefärbt. In den Beiträgen dazu wird dadurch angedeutet, dass im Grunde nur EU-Länder die Neuzulassung von Autos mit Verbrennungsmotoren ab 2035 verbieten wollen.

Doch auch in anderen Teilen der Welt wird über Verbote von Verbrennungsmotoren diskutiert.

Karte unterschlägt mehrere Länder, die mit Benzin und Diesel betriebene Verbrennungsmotoren verbieten wollen

Kanada setzte sich im Rahmen des 2030 Emission Reduction Plans das »verbindliche Ziel«, dass bis zum Jahr 2035 alle Verkäufe von PKW und leichten Nutzfahrzeugen emissionsfrei sein sollen. Norwegen hat denselben Plan für das Jahr 2025.

Großbritannien will neue Verbrenner schon ab 2030 nicht mehr verkaufen, wie die Regierung im Februar 2022 mitteilte. In einer Übergangsphase bis 2035 sollen dann alle neuen Autos emissionsfrei sein.

Chile hat im Rahmen seiner nationalen Strategie für Elektromobilität ganz ähnliche Ziele für Autoverkäufe: Bis 2035 sollen nicht nur alle kleinen und mittelgroßen PKW emissionsfrei sein, sondern auch alle Taxen und Busse des öffentlichen Nahverkehrs, wie die chilenische Regierung im Oktober 2021 erklärte.



Bild: Matt Boitor / unsplash

Ebenfalls irreführend auf der Karte: In den USA haben bereits mehrere Bundesstaaten Pläne angekündigt, dass ab 2035 keine Autos mit Benzin- oder Dieselmotoren mehr in den Verkauf gehen sollen. Dazu zählen New York, Oregon, Washington und Maine. Auf der Karte eingefärbt ist aber nur Kalifornien.

Die Deutsche Presse-Agentur und die italienische Redaktion Facta nennen in Faktenchecks weitere Beispiele, die auf der Karte nicht eingezeichnet wurden, wie etwa Israel und Island.

Verbrennerverbot mit Ausnahme: E-Fuels auch nach 2035 erlaubt

Beim Verbrennerverbot in der EU soll es Ausnahmen geben, wie aus einer Pressemitteilung der EU-Kommission vom 28. März hervorgeht. Synthe-

tische Kraftstoffe, sogenannte E-Fuels, dürften demnach weiterhin in der EU eingesetzt werden. E-Fuels sind Kraftstoffe, die mittels Strom aus Wasser und CO₂ gewonnen werden. Sie können in Verbrennungsmotoren eingesetzt werden, die heute noch gewöhnlichen Kraftstoff nutzen.

E-Fuels sollen klimaneutral sein, weil sie das CO₂, das sie bei der Verbrennung freisetzen, zuvor aus der Atmosphäre entnehmen. Jedoch sind E-Fuels umstritten, da der für die Herstellung verwendete Strom ebenfalls aus klimaneutralen Quellen kommen müsste, damit die E-Fuels tatsächlich klimaneutral sind. Diese Ausnahme gibt es, weil sich zuvor Mitgliedstaaten wie Italien und Deutschland laut Medienberichten gegen ein pauschales Verbrennerverbot aussprachen.

Die Demokratie stärken

Durch eine Kooperation mit dem Bundesverband Deutscher Anzeigenblätter (BVDA), dem 157 Verlage mit einer wöchentlichen Auflage von 35,3 Mio. Exemplaren angehören, erscheint in den kostenlosen Wochenzeitungen regelmäßig ein Faktencheck des unabhängigen und gemeinnützigen Recherchezentrums CORRECTIV. Die vielfach ausgezeichnete Redaktion deckt systematische Missstände auf und überprüft irreführende Behauptungen. Falschmeldungen unsere Wahrnehmung beeinflussen und wie Sie sich vor gezielten Falschnachrichten schützen können, erfahren Sie unter correctiv.org/faktencheck.